

Offener Brief



Pro Zukunft

**Fraktion im Kreistag
Märkisch-Oderland**

Fraktionsbüro
August Bebel-Str. 22
15344 Strausberg

an

Herrn

Hans-Georg von der Marwitz

Mitglied des deutschen Bundestages

Unter den Linden 71

10117 Berlin

Strausberg, den 15. September 2010

Sehr geehrter Herr von der Marwitz,

wir danken Ihnen für Ihren Brief und Ihr sachkundiges Positionspapier an die Abgeordneten unseres Landkreises sowie an Landtags- und Bundestagsabgeordnete, in dem Sie appellieren, sich gegen die Einführung von Carbon Capture and Storage (CCS) auf deutschem Staatsgebiet auszusprechen.

Wie bei uns können Sie sicher bei vielen Ihrer Adressaten mit voller Zustimmung rechnen. Die Befürworter der Braunkohleverstromung und der Großkraftwerke allerdings mögen da ganz anderer Ansicht sein; sie hängen an ihren rückwärtsgewandten großtechnischen Energiekonzepten und sehen im Anwachsen Erneuerbarer Energien mit dezentraler Erzeugung ihre Pfründe in Gefahr. Leider lassen sich sowohl in den Landtagen als auch im Bundestag einige Abgeordnete davon immer noch beeindrucken.

Neue wissenschaftliche Erkenntnisse gehen davon aus, dass der Standort Deutschland in Gänze für die Anwendung des CCS Verfahrens ungeeignet ist. Andere Wissenschaftler haben ermittelt, dass die Norddeutsche Tiefebene mit möglichen Standorten nur ca. 10% der prognostizierten Menge CO₂ aufnehmen kann. Doch auch dort sind die Langzeitrisiken noch nicht berücksichtigt. Wir dürfen unseren Kindern und Enkeln aber keinesfalls eine solche Last aufbürden.

Was zusätzlich zu Ihrem Brief noch erwähnt werden muss, ist der enorme

Flächenverbrauch im Land Brandenburg für die Bereitstellung der zu verstromenden Kohle. Es sind neue Tagebaue geplant, in denen dann auch wieder ganze Ortschaften verschwinden werden. Die erfolgreiche Renaturierung ganzer Landstriche in der Lausitz kann nicht die Zerstörung und Abaggerung dieser Orte und Siedlungsräume ausgleichen.

In Ihrem Brief zeigen Sie neben den geophysikalischen Risiken, rechtlichen Bedenken und Wirtschaftlichkeitsproblemen bei CCS auch Alternativen zur Braunkohleverstromung auf. Es ist auch uns sehr wichtig, auf Fehlentwicklungen immer wieder aufmerksam zu machen, wie es gleichzeitig wichtig ist, Alternativen aufzuzeigen, die die Nutzung dieses riskanten Verfahrens in Deutschland hinfällig machen.

Der „Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Atomwirtschaft“ jedenfalls kann eine solche Alternative nicht sein! Aus aktuellem Anlass möchten wir Sie deshalb bitten, auch zu dem anderen gravierenderen Problem nicht nachhaltiger Energiewirtschaft Stellung zu beziehen.

Das Bundeskabinett hat jetzt wider besseren Wissens ein „Wahlversprechen“ in Angriff genommen, das enorme negative Auswirkungen auf den Ausbau der erneuerbaren Energien haben wird: Unter dem Vorwand, diese alten Kraftwerke als „Brückentechnologie“ dringend für die nächsten 30 Jahre zu benötigen, wird die **Laufzeitverlängerung der morschen Atomkraftwerke** angestrebt.

Dazu verwendet man als Metapher das Sinnbild einer Brücke. Mittels einer Brücke im herkömmlichen Sinne möchte jeder ohne Schwierigkeiten, bequem, sicher und schnell von A nach B gelangen. Ganz anders bei unseren alten Atomkraftwerken:

- Atommeiler sind sehr träge und störanfällige Grundlastkraftwerke und auch schon deshalb als Brücke nicht geeignet, sie blockieren die Stromnetze.
- Keines dieser Kraftwerke wäre heute genehmigungsfähig.
- Keines ist für die neuen Gefahren des Terrors ausgelegt.
- Schon jetzt ist das Abfallproblem nicht geklärt, weiterer strahlender Müll soll dazu kommen.
- Zu guter Letzt – morsche Brücken würden sofort für den Verkehr gesperrt. Für sie fände sich keine Lobby.

Noch eines fällt bei näherer Betrachtung auf. Die Kanzlerin spricht gern von stabilen

Preisen dank der Atomkraft. Bisher ist es aber nicht gelungen, nachzuweisen, dass bei Vollbetrieb aller Atomkraftwerke die Strompreise gesunken sind. Eher das Gegenteil ist der Fall. Störfälle und anderen Ausfälle von Atomkraftwerken werden gern genutzt, um Preiserhöhungen zu rechtfertigen.

In Ihrem Brief rufen Sie zum umfassenden Ausbau erneuerbarer Energien auf. Sie selbst als Land- und Energiewirt wissen um die Zukunft dieser Branche bestens Bescheid. Es muss Ihnen daher wie ein Stoß ins Herz vorkommen, wenn die Bundesregierung mit fadenscheinigen Argumenten die unverzügliche Entwicklung neuer Energietechnologien zugunsten billiger Profite opfert.

Der Widerspruch wird deutlich, wenn Teile der „Gewinne für den Ausbau erneuerbarer Energien bereitgestellt“ werden sollen – obwohl Stromnetze durch Atomstrom blockiert sind. Es ist aberwitzig, zu glauben, dass mit der Laufzeitverlängerung der Dinosaurier falscher Energiepolitik die Stromkosten sinken und ein innovativer Aufschwung neuer dezentraler Technologien befördert wird.

Mit freundlichen Grüßen
im Namen der Fraktion

A handwritten signature in black ink, appearing to read "B. Pauli". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.